

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2000**Bericht zur Verbesserung der Möglichkeiten für Ehrenamt/Freiwilligenarbeit und zur Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung für Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat mit Beschluss vom 8. Juni 2000 (Drucksache 15/374) auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD einen Antrag „Offensive ‚Mehr Ehre für die Freiwilligenarbeit‘“ beschlossen und den Senat gebeten,

1. „der Bürgerschaft (Landtag) bis zum Dezember 2000 einen Bericht zur Verbesserung der Möglichkeiten für Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit und zur Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung für Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit vorzulegen.
2. Die Offensive soll durch folgende Maßnahmen unterstützt werden:
 - offensive Marketingmethoden wie öffentlichkeitswirksame Aktionen, zielgruppen-gerechte Informationsmaterialien und Schaffung von entsprechenden Möglichkeiten des Informationszugangs,
 - Einrichtung einer Ehrenamt-Hotline für Bremen und Bremerhaven.
3. Eine Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit-Kommission (unter Einbeziehung der Kompetenz der bisher in dem Bereich Tätigen) einzurichten, die die vorgenannten Maßnahmen initiiert, begleitet, betreut und umsetzt.“

Dazu berichtet der Senat wie folgt:

Vorbemerkung

Der Senat hatte der Bürgerschaft (Landtag) bereits mit Mitteilung vom 30. April 1996 (Drs. 14/285) über den Umfang und die Bedeutung von Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit im Land Bremen berichtet. Der Senat bekräftigt seine damals zum Ausdruck gebrachte grundsätzliche Einschätzung:

- „Eine lebendige Demokratie ist auf das Engagement der Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen angewiesen. Der vom Grundgesetz geforderte demokratische und soziale Rechtsstaat besteht nicht nur aus den Wahlen zum parlamentarischen Repräsentativsystem, sondern verlangt Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten auf allen Ebenen des Alltags. Ehrenamtliches Engagement trägt dazu bei, diesen Partizipationsgedanken des Grundgesetzes und der Landesverfassungen einzulösen.
- Viele wichtige Leistungen werden in unserer Gesellschaft ehrenamtlich erbracht. Ehrenamtliche Leistungen und Selbsthilfeinitiativen sind von wichtiger Bedeutung für das Zusammenleben in unserem Land und in unseren beiden Städten. Auch die beste staatliche Sozialordnung kann auf die Zuwendung und Hilfe von Mensch zu Mensch, auf praktizierte Nächstenliebe nicht verzichten. Verbände, Vereine und Initiativen können in der Tradition der deutschen Wohlfahrtspflege soziale Aufgaben oft besser und bürgernäher erledigen.
- Zur Unterstützung des Ehrenamtes sind alle politischen Ebenen in Bremen gefordert. Das gelebte Ehrenamt ist eine der tragenden Säulen für Gemeinsinn und freiheitliche Demokratie. Das ehrenamtliche Engagement von Frauen und Männern in Vereinen und Initiativen bereichert unsere Gesellschaft und macht die breite Vielfalt sozialer, sportlicher, kultureller und politischer Initiativen erst möglich.“

Im damaligen Bericht wurde deutlich, dass es in Bremen und Bremerhaven insgesamt bei vorsichtiger Schätzung mehr als 90.000 Menschen gibt, die sich in vielfältigen Formen ehrenamtlich betätigen und bürgerschaftlich engagieren.

Nicht zuletzt auf Grund dieses umfangreichen und vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements hat sich die Stadt Bremen im Jahr 1998 an einem bundesweiten Wettbewerb der Bertelsmann-Stiftung unter dem Titel „Bürgerorientierte Kommunen“ beteiligt und ist mit dem 2. Preis ausgezeichnet worden (vgl. Mitteilung des Senats vom 21. Dezember 1999 als Drs. 15/79 S). Aus diesem Wettbewerb ist das Netzwerk bürgerorientierter Kommunen mit Namen CIVITAS entstanden, an dem Bremen neben zehn anderen Kommunen beteiligt ist. Das Netzwerk wird bis Herbst 2001 u. a. auch Vorschläge zur „Förderung einer lokalen Anerkennungs- und Beteiligungskultur“ vorlegen. — Der Senat hat den Themenbereich „Bürgerkommune“ in sein Verwaltungsreformkonzept „Neuordnung der Aufgabewahrnehmung“ aufgenommen und wird der Bremischen Bürgerschaft dazu im Frühjahr 2001 über Umsetzungsschritte berichten.

Verbesserung der Möglichkeiten für Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit

Allgemeines

In den vergangenen Jahren haben sich die Begrifflichkeiten, mit denen bislang „ehrenamtliche Tätigkeiten“ bezeichnet wurden, verändert. Mit unterschiedlichen Begriffen — Ehrenamt, Selbsthilfe, Freiwilligen-Arbeit, Bürgerengagement — werden etwas unterschiedliche Akzente gesetzt. Letztlich geht es aber um den gleichen Kern: Bürgerinnen und Bürger übernehmen — außerhalb ihrer beruflichen Tätigkeit und außerhalb des rein privaten, familiären Bereichs — Verantwortung im Rahmen von Gruppierungen, Initiativen, Vereinen, Organisationen oder Institutionen. Daher wird zunehmend der umfassende Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ gebraucht.

Der Umfang des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland ist beachtlich. So hat die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Vorfeld des Internationalen Jahres der Freiwilligen in Auftrag gegebene Untersuchung zum freiwilligen Engagement in der Bundesrepublik Deutschland (Infratest/Burke) erbracht, dass von den 63 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern ab 14 Jahren sich 22 Millionen (also 34 %) freiwillig engagieren. Diese Zahl führt zu einer Neubewertung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland. War man doch zuvor aufgrund älterer Untersuchungen davon ausgegangen, dass sich lediglich 17 % der erwachsenen Bevölkerung ehrenamtlich engagieren. An diesem Umstand wurde auch festgemacht, dass das freiwillige Engagement in Deutschland weit hinter dem Engagement vergleichbarer Länder hinterherhinkt. Die neue, umfassendere Umfrage stellt einen wesentlichen Beitrag für ein seriöses Zahlenmaterial dar, liegt doch mit dieser Untersuchung erstmalig eine bundesweite Erhebung vor — 15.000 Interviews wurden gemacht —, auf der politisches und gesellschaftliches Handeln aufbauen kann (vgl. Schaubild als Anlage 1).

Dabei gilt es zu beachten: die 34%-Quote von freiwillig engagierten Personen in der Bevölkerung ist keine statische Größe. Vielmehr ist der Freiwilligenbereich durch erhebliche Dynamik und Fluktuation geprägt.

Bei einer Verbesserung der Möglichkeiten für Menschen, die sich engagieren wollen, muss zunächst auf deren Motive Rücksicht genommen werden. Hier haben die sozial-strukturellen Entwicklungen der vergangenen Jahre (Stichworte: Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen, Weiterentwicklung von Wertvorstellungen, Veränderung von Familien- und Milieustrukturen) zu folgenden Veränderungen geführt:

- Bürgerschaftliches Engagement wird nicht mehr als lebenslange Aufgabe angesehen. Es muss in die eigene Lebenssituation passen und zeitlich überschaubar sein.
- Das Engagement wird auch in Verbindung gesehen zu eigenen Fragen und zu deren Bearbeitung genutzt. Eigene Motive (z. B. Kontakt zu Menschen, Beitrag zur Selbstfindung) werden benannt und akzeptiert. Und: „Engagement soll auch Spaß machen“, wie viele Aktive betonen.
- Freiwillige Tätigkeiten dienen zunehmend mehr auch der eigenen beruflichen Orientierung und Weiterentwicklung in verschiedenen Feldern, z. B. der Kultur. Ehrenamtliche Funktionen schaffen hier nicht selten die Gelegenheit zur Aufnahme von Beschäftigung in Projekten und Initiativen.

- Die Freiwilligkeit der Aufgabe rückt in den Vordergrund, ebenso wie der Wunsch über die Rahmenbedingungen der Aufgabe mitentscheiden zu können.
- Man möchte beim Engagement nicht allein gelassen werden: Angebote der Vorbereitung, Fortbildung und des Austausches werden gewünscht, die notwendige Absicherung (z. B. Versicherung) wird vorausgesetzt.
- Die persönliche und öffentliche Anerkennung der Tätigkeit gewinnen an Bedeutung. Man möchte nicht „benutzt“ werden, sondern als Partnerin bzw. Partner akzeptiert werden.

Diese Entwicklung ist nicht abgeschlossen. Nach wie vor existieren auch viele Formen des traditionellen Ehrenamtes nebeneinander und sind für die Gesellschaft unverzichtbar. Die Unterstützung und Förderung von Bürgerengagement wird aber auf die neuere Entwicklung Rücksicht nehmen müssen.

Viele dieser Erwartungen richten sich an die Träger und Einrichtungen, bei denen freiwilliges Engagement stattfindet. Sie sind gefordert, Engagementangebote in überschaubaren Einheiten, mit konkreten Projektzielen und zeitlich begrenzt zu organisieren, den Engagierten vielfältige Möglichkeiten der Mitgestaltung zu bieten sowie für Qualifizierungs-, Einführungs- und Fortbildungsmöglichkeiten zu sorgen. Die öffentliche Hand kann dabei für förderliche Rahmenbedingungen sorgen. Außerdem kann sie vielfältige Formen der Anerkennung bürgerschaftlicher Tätigkeit entwickeln und umsetzen, wie dies z. B. durch Empfänge im Rathaus bereits geschieht.

Die Handlungsmöglichkeiten des Bundes werden derzeit durch die im Dezember 1999 eingesetzte Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ geprüft und entwickelt. Ihr Abschlussbericht soll ein halbes Jahr vor Ende der Legislaturperiode vorliegen und wird u. a. Regelungsvorschläge für den gesamten Bereich der Auslagerstattung, der steuerlichen Vergünstigungen und der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung enthalten.

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen erklärt. Auch in Deutschland soll in diesem Jahr das freiwillige Engagement in unterschiedlicher Weise gefördert werden, um die folgenden Ziele zu erreichen:

- Mehr Menschen, d. h. überwiegend junge Menschen für das Ehrenamt begeistern,
- freiwilliges Engagement durch öffentlichen Dank und Anerkennung aufwerten,
- Rahmenbedingungen verbessern (Rechtliche und institutionelle Voraussetzungen, Zugang zu Informationen, Beratung und Fortbildung weiterentwickeln.)

Dazu wird eine große Zahl von Veranstaltungen durchgeführt, die im Internet unter www.ijf2001.de abrufbar sind. Auch die Veranstaltungen in Bremen werden dort bekanntgegeben; sie stehen unter dem gemeinsamen Dach und Logo des IJF 2001.



Maßnahmen in Bremen

In Bremen wurden — aufbauend auf den Empfehlungen in der genannten Drs. 14/285 vom 30. April 1996 — folgende Maßnahmen umgesetzt bzw. in Angriff genommen:

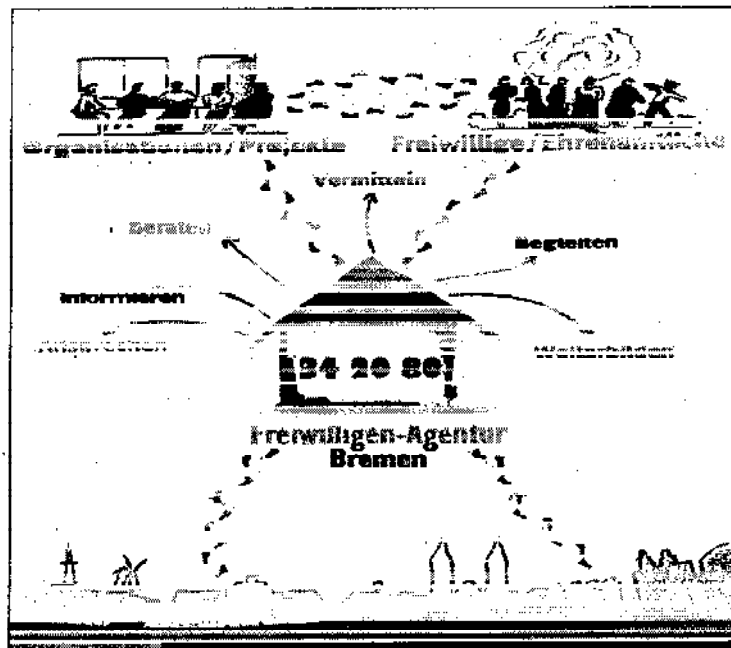
a) Förderung der „Freiwilligenagentur Bremen“

In der Stadt Bremen besteht seit 1996 die „Freiwilligenagentur Bremen“, die von Beginn an durch den jetzigen Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ideell und materiell gefördert wird. Zu den Aufgaben der Agentur gehört u. a.:

- Werbung und Ansprache potenzieller Freiwilliger,
- Beratung der Interessierten über Engagementmöglichkeiten,
- Information und Beratung von Institutionen, die freiwilliges Engagement anbieten,
- Vermitteln der richtigen Person in die geeignete Tätigkeit („matching“),
- Begleitende Angebote für Engagierte (Fortbildung, Austausch, Beratung).

Die Agentur hatte in den vergangenen Jahren folgende Schwerpunkte:

- Durchführung von „Mobilisierungskampagnen“ für Junge Menschen, für „Menschen ab 50“ und für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, unter Einsatz verschiedener Medien (u. a. Radio-Jingles, Presseberichte, Flyer und Broschüren, Kurzfilm),
- Aufbau eines Beratungsteams aus freiwillig Engagierten und eines Beratungsangebots an verschiedenen Stellen der Stadt (Börsenhof, Kapitel 8, Angestelltenkammer etc.),
- Durchführung des „Marktes der Möglichkeiten“ in der Unteren Rathaushalle in den Jahren 1998 und 1999, bei dem sich jeweils ca. 70 Gruppen der Öffentlichkeit vorstellten.



Die Freiwilligenagentur ist inzwischen in Bremen als trägerübergreifende Institution anerkannt und wird von vielen Institutionen beratend herangezogen. Sie wird bundesweit als vorbildliche Freiwilligenagentur dargestellt und wirkt durch ihren

engagierten Geschäftsführer Heinz Janning an vielen überregionalen Aktivitäten mit, die auch oft positiv auf Bremen ausstrahlen. Bremen erscheint dabei als eine Hochburg von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat die Finanzierung der Freiwilligenagentur wesentlich ausgeweitet und langfristig sichergestellt.

Für die Zukunft sind u. a. folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Herausgabe eines „Führers durch das Ehrenamt“ in Bremen als Grundinformation für Interessierte und Aktive,
- Fortführung der zielgruppengerechten Ansprache durch entsprechende Kampagnen und Materialien,
- Verbessertes Informationszugang über das Internet,
- Wahrnehmbare räumliche Präsenz in der Innenstadt,
- Einführungs- und Fortbildungsangebote in Kooperation mit der Volkshochschule Bremen.

b) Einrichtung eines Referates „Freiwilligenarbeit“ im Sozialressort

Als wichtiger Erfolgsfaktor für die Förderung von Engagement durch die öffentliche Verwaltung wird bundesweit die Schaffung einer klaren Zuständigkeit und verwaltungsinternen Vernetzung angesehen, wie die Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt) in ihrem Gutachten von 1999 mit dem programmatischen Titel „Bürgerengagement — Chance für Kommunen“ verdeutlicht. Im Jahr 1997 hat der damalige Senator für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz ein Referat eingerichtet, das die Aufgabe hat, Freiwilligenarbeit zu fördern und Fundraising im Sozialbereich zu entwickeln. Nachdem in einer ersten Phase durch vielfältige Medienarbeit das Thema einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht und Vorbehalte abgebaut wurden, hat das Referat danach die Förderung konkreter Vorhaben (z. B. bei Verbänden) übernommen und einzelne Projekte angestoßen (z. B. Markt der Möglichkeiten, Sponsoring-Kongress, Aktion Weihnachtshilfe). Durch eine eigene Vortragsreihe wird u. a. über Fragen von Freiwilligenarbeit informiert, werden Projekte vorgestellt und Anstöße gegeben. Neben der Fortsetzung dieser Arbeit wird 2001 die Koordination der Bremer Beiträge zum Internationalen Jahr der Freiwilligen im Vordergrund stehen sowie die Begleitung der Arbeit der Enquete-Kommission des Bundestages, um förderliche Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu erreichen. Auch soll im Jahr 2001 vom 18. bis 21. Oktober wieder der Markt der Möglichkeiten in der Unteren Rathaushalle organisiert werden.

c) Aktivitäten einzelner Senatsressorts

Bei den erfolgten und geplanten Maßnahmen weiterer Senatsressorts ist besonders auf folgende Aktivitäten hinzuweisen:

- Mit der Zeugnisordnung von 1997 haben die Schulen die Möglichkeit erhalten, schulisches Engagement von Schülern außerhalb der Unterrichtsfächer im Zeugnis besonders zu erwähnen und damit zu honorieren. Parallel hierzu ermöglichen seit 1997 Richtlinien über die Bescheinigung ehrenamtlicher Tätigkeit außerhalb der Schule den Schulen, zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements auf Wunsch des Schülers oder der Schülerin entsprechende Bescheinigungen, die von den betreffenden Vereinen, Gruppen u. ä. ausgestellt sind, dem Zeugnis oder dem Lernentwicklungsbericht als Beiblatt beizulegen.
- Eine exemplarische Auflistung von Formen der Würdigung von Engagement hat der Senator für Bildung und Wissenschaft von der Hochschule Bremerhaven berichtet: dort wurden zur Verbesserung des ehrenamtlichen Engagements für die Hochschule Bremerhaven mehrere Ehrungsformen entwickelt, die eine Anerkennung dieser Arbeit nach außen hin ermöglicht.

Die Verleihung einer Hochschulmedaille

Die Verleihung der Würde eines Ehrenbürgers der Hochschule

Die Verleihung der Würde eines Ehrensensors der Hochschule

Für besondere Verdienste der ehrenamtlichen/freiwilligen Lehrtätigkeit: Die Verleihung der Würde eines Honorarprofessors. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit bzw. Pressearbeit, ehrenamtliche/freiwillige Tätigkeit für die Hochschule zu würdigen.

- Zu den Erfahrungen der Agenda 21 führt der Senator für Bau und Umwelt u. a. aus, dass aus dortiger Sicht beim Bürgerengagement im Rahmen der Lokalen Agenda 21 zwischen bürgerschaftlichem Engagement i. S. von Freiwilligen-Arbeit und politischer Partizipation zu unterscheiden sei. Beide Formen seien nicht identisch, stünden jedoch in einem mehr oder weniger unmittelbaren Zusammenhang: das Engagement von Bürger/-innen im Agenda 21-Prozess orientiere sich am Partizipationsgedanken von Rio und bedeute in der Praxis ein — der Aufgabenstellung und dem Umfang der Einbeziehung entsprechendes — freiwilliges Engagement zugunsten lokaler gesellschaftlicher Interessen. In jedem Fall — auch wenn der Ausgangspunkt die Freiwilligenarbeit sei, leiteten sich daraus konsequenterweise und zu Recht immer öfter auch Partizipations- (Beteiligungs-) ansprüche am politischen Geschehen ab. So gesehen, stellten die Begriffe „Partizipation“ und „Freiwilligen-Arbeit“ keinen Widerspruch dar, sondern ergänzten sich.

Der Agenda 21-Prozess hat inzwischen mehrere von SBU unterstützte konkrete Projekte hervorgebracht, in denen sich Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Freiwilligen-Arbeit engagieren. Beispielhaft sei hier nur das Konzept „nachhaltiges Quartier Neustadt“ genannt.

Ein weiteres hervorragendes Beispiel bremischer Freiwilligenarbeit ist die 1995 eingerichtete „Naturschutzwacht“. Zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Rahmen einer Konzeption, die naturschutzfachliches Engagement mit Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Konzeptes Erlebnisraum Natur verbindet, ehrenamtlich tätig, um die bremischen Naturschutzgebiete zu betreuen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Informationen anzubieten.

Darüber hinaus bleibt generell festzustellen, dass die vom Senator für Bau und Umwelt im Rahmen der Wettmittelförderung und der Projektförderung unterstützten Initiativen, Projekte und Institutionen in hohem Maße vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder profitieren. Beispielhaft seien hier die im Bremer Umweltforum zusammengeschlossenen Vereine, Verbände, Initiativen und Organisationen (z. B. BUB, ADFC, BUND, NABU, Ökomarkt e. V., Bauernmarkt, Erzeuger- und Verbraucher-Gemeinschaft) genannt. Insofern kommt die vom Hause des Senators für Bau und Umwelt gewährte — und in erster Linie an fachlichen Kriterien orientierte Unterstützung — auch in hohem Maße der Förderung der Freiwilligenarbeit in Bremen zu Gute.

- Eine weitere Form des freiwilligen Engagements sind die Freiwilligendienste für junge Menschen, z. B. das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ). Letzteres ist ein freiwilliges Engagement von Jugendlichen und Schulabgänger/-innen im Umweltbereich. Die zurzeit übliche „Bezahlung“ beinhaltet ein Taschengeld, einen Essenzuschuss, die Bezahlung der Bremer Karte für den ÖPNV und notwendige Versicherungsleistungen. Durch die Empfehlungen der Enquete-Kommission sind hier Erweiterungsmöglichkeiten zu erwarten, die 2001/2002 für Bremen zu prüfen und ggf. umzusetzen sind.
- Der organisierte Sport ist im Zusammenhang mit der Durchführung seiner vielfältigen Aktivitäten und in Erfüllung seiner sozialen Aufgabe auf eine Vielzahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern in Vereinen und Verbänden (im Land Bremen ca. 17.000 bis 18.000 Personen) angewiesen. Da allerdings in den vergangenen Jahren das ehrenamtliche Engagement u. a. wegen Nachwuchs- und Anerkennungsproblemen nachgelassen hat, sind unter Beteiligung des Sportressorts auf Sportministerebene der Länder eine Fülle von Maßnahmen und Initiativen zur Förderung des Ehrenamtes entwickelt worden, die auch in Bremen u. a. wie folgt umgesetzt werden:
 - Öffentliche Ehrungen von Ehrenamtlichen,
 - Prämierung von Vereinen mit besonderen Initiativen für Ehrenamtliche,
 - Unterstützung von Kampagnen zur Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeitern in Vereinen,

- Werbung für das Ehrenamt anlässlich von Landessporttagen und Breitensportkonferenzen,
- Auszeichnung von Vereinen für die beste Jugendarbeit,
- Frühzeitige Einbindung Jugendlicher in die Vereinsorganisation mit Übernahme von Verantwortung,
- Seminare der Sportjugend zur Gewinnung von Jugendlichen für die ehrenamtliche Arbeit.

Über weitere Förderungs- und Anerkennungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche im Sport wird nachgedacht bzw. diskutiert (z. B. Zertifizierung der im Sportverein erworbenen und durch Fortbildung ausgebauten Fähigkeiten in einem Weiterbildungspass, Anerkennung der im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen im Sinne einer beruflichen Qualifikation, Berücksichtigung ehrenamtlicher Tätigkeit bei dienstlichen Beurteilungen).

- Auf der Grundlage eines Senatsbeschlusses zu Optimierungsmaßnahmen im Kulturbereich entwickelt der Senator für Inneres, Kultur und Sport in Form von Veranstaltungen und Einzelprojekten eine Förderprogrammatik zur Stärkung von Ehrenamt und Freiwilligen-Arbeit im Kulturbereich. Darüber hinaus ist ab dem Jahre 2001 im Rahmen einer jährlichen Veranstaltung zur Würdigung besonderer kultureller Leistungen auch die Auszeichnung des bürgerschaftlichen Engagements für die Kultur vorgesehen.

d) Aktivitäten und geplante Maßnahmen in Bremerhaven

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat ausführlich zu dem Fragenkomplex Stellung genommen. Exemplarisch kann auf folgende Punkte hingewiesen werden:

- Vom Amt für Frauen, Bürgerbeteiligung und Ausländer werden verschiedene Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen betreut. Weiterhin erfolgt eine Zusammenarbeit mit basisdemokratischen Zusammenschlüssen, wie den Stadtteilkonferenzen, und mit gewählten Gremien, wie dem Rat der ausländischen Mitbürger. Alle Organisationen werden getragen vom ehrenamtlichen/freiwilligen Engagement ihrer Mitglieder. Eine Verbesserung des Engagements ist allerdings nur zu erzielen, wenn die Arbeit der ehrenamtlich/freiwillig tätigen Organisationen auch hinreichend gewürdigt wird. Bei den Stadtteilkonferenzen wird dies z. B. bereits dadurch praktiziert, dass sie, aufgrund der ihnen durch entsprechende Magistratsbeschlüsse eingeräumten Beteiligungsrechte, bei stadtteilbezogenen Entscheidungen die Möglichkeit erhalten, ihre Vorstellungen darzulegen. Weiterhin können alle Organisationen bereits jetzt öffentlich auf ihre Projekte hinweisen und entsprechendes Informationsmaterial erstellen und verteilen. — Auf dem Gebiet der Bürgerbeteiligung steht darüber hinaus eine große Anzahl von Instrumentarien zur Verfügung. Diese können zukünftig vermehrt Anwendung finden. So bestünde z. B. bei bestimmten Vorhaben die Möglichkeit, Befragungen oder eine Zukunftswerkstatt durchzuführen, einen „Runden Tisch“ einzurichten, Workshops zu veranstalten oder mit Planungszellen zu arbeiten.
- Im Sozialamt wird im Bereich der Seniorenarbeit die ehrenamtliche Tätigkeit sehr groß geschrieben. Der Seniorenbeirat engagiert sich in Belangen der älteren Generation in Bremerhaven. Er ist Ansprechpartner für die Stadtverordnetenversammlung, Parteien, Verbände, Vereine, Organisationen und Verwaltung. Der Seniorenbeirat spricht mit bei aktuellen altpolitischen Fachfragen, äußert sich öffentlich, nimmt Anregungen entgegen und stellt Forderungen an die verantwortlichen Stellen. — In den städtischen Seniorentreffpunkten agiert der jeweils aus fünf bis neun Mitgliedern bestehende und auf vier Jahre gewählte Ältestenrat. Zu seinen Aufgaben gehört die langfristige Planung und Durchführung der Programmgestaltung im Zusammenwirken mit den Treffpunktleitern, die Bewirtschaftung der Treffpunkte und die Betreuung der Besucher.
- Für den Bereich des städtischen Museums ist insbesondere ehrenamtliche Arbeit im Förderkreis des Morgenstern-Museums von Belang. Die in Ziffer 2 des Bürgerschaftsbeschlusses angesprochenen Maßnahmen, wie offensives Marketing und öffentlichkeitswirksame Aktionen, sind mit der Umstrukturierung des Vereins seit Anfang 2000 bereits in Angriff genommen worden und haben zu einer Steigerung der Mitgliederzahlen um 25 % geführt. Von daher sind solche Maßnahmen zu begrüßen und als erfolgsversprechend zu bewerten.

e) Die Verwaltung bürgernäher und bürgeroffener machen

Bürgerengagement ist oft auf eine bürgernahe und offene Verwaltung angewiesen. Dazu ist eine entsprechende Verwaltungsreform notwendig. Die erste Phase der Verwaltungsreform war in vielen Kommunen durch cost-cutting und Haushaltsflexibilisierungsmaßnahmen geprägt — so auch in Bremen, wo die Haushaltsnotlage aufgrund verschiedener Besonderheiten dramatische Maße angenommen hatte. Auf der Grundlage des Senatsbeschlusses zur koordinierten Einführung des Neuen Steuerungsmodells in der Bremischen Verwaltung vom 28. Januar 1997 wurden weitere Anstrengungen unternommen, um das Verwaltungshandeln effizienter zu machen. Dabei rückt auch die Leistungsseite stärker in den Mittelpunkt der Gestaltung: Dienstleistungen sollen generell effizienter oder wirtschaftlicher und wirksamer werden. Diese Veränderungsanstrengungen spielen sich zwar in erster Linie im Innern der Verwaltung ab, aber die Ergebnisse sind in Form verbesserter Dienstleistungen und erhöhter Servicequalität auch für Bürgerinnen und Bürger spürbar. In Bremen sind z. B. die drei Modell-Bürgerämter Ausdruck dieser Anstrengungen. Hier werden bisher an verschiedenen Orten angebotene Dienstleistungen räumlich zusammengefasst und gleichzeitig die Öffnungszeiten so erweitert, dass allen Bürgerinnen und Bürgern der Zugang erleichtert wird. Es ist vorgesehen, derartige Ansätze noch deutlich zu erweitern. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Staatsräte-Steuerungsgruppe „Bürgerkommune/Lokale Dienstleistungszentren“.

Das Ziel, das sich Bremen für die Qualitätsmanagement-Aktivitäten gesetzt hat, ist aber noch umfassender. Die Barrieren zwischen Bürgern und Verwaltung, die räumlicher, zeitlicher oder sprachlicher Art oder durch das klassische Rollenverständnis voneinander geprägt sind, sollen insgesamt sukzessive abgebaut werden. Ein Schritt besteht darin, den Umgang mit Beschwerden zu optimieren und zum Bremer Ideen- und Beschwerdemanagement auszubauen. Die Akzeptanz der Verwaltung beim Bürger hängt nicht nur von der objektiven Qualität der erstellten Leistungen ab — die Verwaltung muss so „offen“ und einfach erreichbar sein, dass Ideen, Anregungen und positive Kritik genauso selbstverständlich zurückgemeldet werden wie Unzufriedenheit. Die Bürger werden somit in den Leistungserstellungsprozess einbezogen. Das Ziel ist, dass sich eine neue Kommunikationskultur zwischen Bürgern und Behörden entwickelt. Die gelben Rückmeldekarten, mit denen Bürger schon jetzt unmittelbar nach dem Besuch in einigen Dienststellen ihre Zufriedenheit äußern, ist ein erster Schritt in diese Richtung. Das Ziel, Angebotsformen von Verwaltungsdienstleistungen mehr an den Bedürfnissen der Bürger als an den aufbau- und ablauforganisatorischen „Traditionen“ der Verwaltung auszurichten, wird auch in weiteren Projekten vorangetrieben. Im vom BMFT geförderten Projekt media@komm werden neue technologische Möglichkeiten genutzt, um Dienstleistungen online anzubieten und so noch mehr Zeit und Wege zu sparen. Mit der Schaffung von „Lokalen Dienstleistungszentren“ sollen alle Dienstleistungen in einem Stadtteil räumlich und zeitlich aufeinander abgestimmt werden und unter einem virtuellen Dach gemeinsam vermarktet werden. Zudem sollen den Bürgern auf diesem Wege bessere Identifikationsmöglichkeiten mit ihrem sozialen Lebensraum eröffnet werden. Damit wird Engagement für das eigene Umfeld erleichtert und gefördert.

f) Weitere Maßnahmen

Die im Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) vom 8. Juni 2000 vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich der Werbung (offensive Marketingmethoden wie öffentlichkeitswirksame Aktionen, zielgruppengerechte Informationsmaterialien und Möglichkeiten des Informationszugangs) werden z. T. schon genutzt, wie von einzelnen Institutionen, die mit Freiwilligen arbeiten, berichtet wird (vgl. Morgenstern-Museum in Bremerhaven). Die Freiwilligenagentur Bremen wird im Jahr 2001 die zielgruppenbezogenen Werbekampagnen unter dem Einsatz vielfältiger Medien fortsetzen und auch die Internetpräsentation optimieren.

Vor Einrichtung einer kostenintensiven Ehrenamts-Hotline soll zunächst geprüft werden, ob seitens der Engagierten hierfür ein Bedarf gesehen wird. Die von der Stiftung „Bürger für Bürger“ eingerichtete bundeszentrale Telefonnummer ist wieder eingestellt worden. Ein Teil des gewünschten Effekts, nämlich eine ständige Informationsmöglichkeit, kann in Bremen auch durch die geplante optimierte Internetpräsentation erreicht werden. Die Freiwilligenagentur wird im Jahr 2001 ein Konzept vorlegen, das auch zu der Frage einer Hotline Stellung nimmt.

Die im Bereich Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit/Bürgerengagement Tätigen sollen 2001 vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zu einem „Forum Bürgerengagement“ im Rahmen des Internationalen Jahres der Freiwilligen eingeladen werden, auch um über geeignete Fördermaßnahmen zu beraten. Ob sich daraus die Perspektive einer ständigen Kommission ergibt, soll vor dem Hintergrund der Ergebnisse und Erfahrungen des Forums beurteilt werden.

Perspektiven

Durch das internationale Jahr der Freiwilligen 2001, durch die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und durch vielfältige andere Aktivitäten wird das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ weiterhin eine wachsende politische Bedeutung erhalten. Bremen wird dem durch die Aufnahme des Themas in die Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung und durch geeignete Fördermaßnahmen Rechnung tragen.

